

Die Bauergewerkschaft

Zeitung des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands

Erscheint jeden Sonnabend. Bezugspreis vierteljährlich 3,- RM. (ohne Bestellgeld). Zu beziehen durch jede Postanstalt. Redaktionschluss: Montag, morgens 9 Uhr
Nr. 19 + 32. Jahrgang **Geschäftsstelle und Schriftleitung: Berlin-Lichtenberg, Am Stadtpark 2/3** Berlin, 9. Mai 1931

Bekanntmachung

Auf Grund des Paragraphen 13 der Verbandsatzung wird hiermit die

16. Generalversammlung

des Zentralverbandes christlicher Bauarbeiter Deutschlands auf Montag, den 17. August 1931, vormittags 9 Uhr, und folgende Tage nach Köln (Messehaus) einberufen.

Tagesordnung
(vorbehaltlich der Genehmigung durch die Generalversammlung):

1. Eröffnung. Wahl der Leitung und der Ausschüsse und Festsetzung der Geschäftsordnung.
2. Bericht des Vorstandes, des Verbandsausschusses und der Schriftleitung der „Baugewerkschaft“ mit anschließender Aussprache.
3. Beratung der Anträge betreffend Satzungsänderung.
4. Beratung sonstiger Anträge.
5. Das Bau- und Wohnungswejen in der Wirtschaftskrise.

6. Bedeutung und Aufgaben der Gewerkschaften in der Krisenzeit.

7. Wahl des Verbandsvorstandes und des Verbandsausschusses.

Anträge, die auf dieser Generalversammlung zur Besprechung kommen sollen, müssen bis zum 30. Juni d. J. beim Hauptvorstande eingegangen sein. Das Recht der Antragstellung haben laut § 13, Ziffer 10, der Verbandsatzung nur Verbandskörperschaften (Hauptvorstand, Verbandsausschuß, Bezirkskonferenzen, Verwaltungsstellen, Orts- und Berufsgruppen). Einzelnen Mitgliedern steht nur das Bescheidrecht an die Generalversammlung zu. Anträge der Verwaltungsstellen, Orts- und Berufsgruppen müssen von drei Vorstandsmitgliedern unterzeichnet sein.

Die Wahlbezirke und die Wahlordnung sind an anderer Stelle dieser Nummer bekanntgegeben.

Der Hauptvorstand.

J. A.: J. Wiedeberg.

Ansichten des Reichsfinanzministers zur Bauwirtschaft

Im Gegensatz zu den meisten anderen wirtschaftlichen Betätigungen widelt sich die Bauwirtschaft vor den Augen der breitesten Öffentlichkeit ab. Außenstehende bewahren gegenüber den Verhältnissen der einzelnen Gewerbezweige in der Regel eine gewisse reservierte Haltung. Anders ist es leider allgemein gegenüber dem Baugewerbe. Jeder müßige Zuschauer glaubt zu einem Urteil über die Leistungen der Bautätigen, über das Baugewerbe im allgemeinen, berechtigt zu sein. Volkswirtschaftliche und technische Zusammenhänge werden dann leicht übersehen. Wenn das ein Irgendwer tut, kann man ihn ruhig laufen lassen. In unserem demokratischen Staatswesen steckt aber noch ein ganz starker Schuß obrigkeitlichen Autoritätsglaubens, und wenn dann so ein „Hoher“ redet, dann besteht so allgemein die Meinung: der wird's schon wissen. Nun haben uns die verschiedenen Garnituren verblühener Minister sicher schon genügend Exemplare geliefert, von denen feststeht, daß nicht alles, was sie sagten und meinten, recht war. Es ist ganz natürlich, daß jemand mit dem Minister werden noch nicht ohne weiteres alle Weisheit der Welt in Dienstgebrauch bekommen kann. Auch wenn ein Minister über einen gut ausgebauten Informationsdienst verfügt, auch wenn er eine gut funktionierende Bürokratie hinter sich hat — der doch alle Mängel der Schablone nur zu leicht anhaften —, auch dann wird nicht jedes Ministerwort sofort ein Wahrwort sein. Und gegen eine von Herrn Minister Dr. Dietrich seit Sommer des vorigen Jahres immer wieder vorgebrachte Behauptung muß doch einmal mit allem Ernst im Interesse der Bauwirtschaft ein Wort gesagt werden. Wir wollen uns aller parteipolitischen Polemik enthalten; trotzdem müssen wir einige Dinge erwähnen, die mit der Stellung des Herrn Ministers als Parteipolitiker zusammenhängen.

Im sogenannten Mittelstand ist es üblich geworden, gleich der ostelbischen Landwirtschaft, sich dauernd als am meistenitleidend zu bezeichnen. Der 1923 entschuldete Rentenhausbesitz ist hierfür ein typisches Beispiel. Er sah in der staatlich geförderten Wohnungsbaupolitik eine Gefahr für seine teilweise aus eigener Schuld heruntergewirtschafteten Wohnobjekte. Der Kampf gegen die Hauszinssteuer entsprach nicht allein lauterer Motiven, sondern bei diesen Kreisen ganz bestimmten egoistischen Erwägungen. Daß daneben die Realsteuern unbedeutend sind, bedarf keiner Beweisführung: sicher wirken sie aber nicht brückender als beim Arbeiter die Lohnsteuer, die ihm jede Woche ungefragt vor der Nase weggenommen wird, und nicht herber wie

die vielfältigen Konsumsteuern. Weg mit der Hauszinssteuer, weg mit ihrer Verwendung für Wohnungszwecke, herunter mit den Realsteuern, war das Kampfschrei dieser wirtschaftspolitisch und sozial eng eingestellten Elemente. Und aus diesen kleingeistigen Kreisen wollte im Sommer v. J. der Herr Minister Dr. Dietrich die Wählermillionen für die von ihm mitgegründete Staatspartei herausholen. Er hatte dabei eine ganz unbedeutende Konkurrenz, die sogenannte Mittelstandspartei unter Führung des Berliner Bäckermeisters Drewick. Der Mann, der einmal gar nicht mit Unrecht vom Interessentenhaufen gesprochen hatte, machte vor dem Interessentenhaufen die schönsten Verheugungen und mit der Wirtschaftspartei einen sozial-reaktionären Wettlauf. In den von Herrn Minister Dr. Dietrich abgehaltenen Versammlungen spielten eigentümlicher Weise immer wieder die hohen Baukosten, die hohen Bauarbeiterlöhne, die Arbeitslosenversicherung der Bauarbeiter neben dem Patentheilmittel Realsteuerentlastung durch anderweitige Verwendung der Hauszinssteuer eine eigenartige Rolle. In Wahlzeiten darf man nicht alle Redereien von Anwärtern auf die Reichstagsesseln zu tragisch nehmen. Deshalb haben wir Herrn Minister Dr. Dietrich ungehört reden lassen. Der 14. September war für den Wettläufer mit der Wirtschaftspartei ein peinlicher Tag. Seine Partei blieb im Rennen hinten, die Wirtschaftspartei war ihm, in Prozenten gerechnet, um mehrere Radelängen voraus, und die Wählermassen gingen zu denen, die noch rascher Sichtwechsel einzulösen versprochen, zu den radikalen Flügelparteien. In der Reichsregierung blieb — was von der sozialen Seite gar nicht scharf genug betont werden kann — neben dem sehr einseitig eingestellten Landwirtschafts- und Ernährungsminister Dr. Schiele als Reichsjustizminister der Exponent der Wirtschaftspartei, Herr Professor Dr. Bredt. Das Regierungsprogramm mußte ebenso wie mit der Rot der Verhältnisse auch mit den politischen Tatsachen rechnen. Die Wirtschaftspartei glaubte man nicht entbehren zu können. Die hinter Dr. Schiele stehenden Kreise sollten nicht abgestoßen werden. Nicht einmal die hinter dem Reichsfinanzminister stehende verkleinerte Heeresfolge konnte man entbehren. Und nun kam — sicher als Auswirkung der volkswirtschaftlich nicht zu begründenden Ansicht des Herrn Reichsfinanzministers über die Bauwirtschaft — und unter dem Druck der Wirtschaftspartei ein Regierungsprogramm zustande, das sich in seinen wirtschaftlichen und sozialen Auswirkungen wider-

sprach. Es hatte das eine gute Verdienst, der immer stärker anwachsenden Arbeitslosenarmee mit bescheidenen Unterstützungen über den Winter hinüber zu helfen. Aber zugleich kam auch ein Wirtschaftsprogramm heraus, das einem Gewerbe, das ein anerkanntes Schlüsselgewerbe ist, einen schweren Genickstoß versetzte. Was man zur Mäulerstopfung bei der Realsteuerentlastung brauchte, wurde von Hauszinssteuermitteln genommen, die seither dem Wohnungsbau dienten; dem Baugewerbe wurde schlagartig ein Umsatz von rd. 1 Milliarde M. entzogen und ihm als Danaergeschenk der „schwer einlösbare Wechsel“ in Form von Zinsbürgschaftübernahme durch das Reich gegeben. Die Entwicklung im Baugewerbe beweist, daß dieser „Wechsel“ von den Baugeldgebern, mögen sie Banken oder mögen sie über Hypothekenbanken hinweg Pfandbriefkäufer heißen, nicht akzeptiert wird. Politische Geschäftigkeiten, Wahlversprechungen, Druck der Wirtschaftspartei sind zu einem ganz großen Teil daran schuld, daß diese plötzliche, jeder Entwicklung zuwiderlaufende Abbruchpolitik gegenüber der Finanzierung der Bauwirtschaft im Herbst v. J. eingeleitet worden ist. Oder lag nicht die Finanzierung des vorjährigen Sonderbauprogramms mit 100 Mill. RM. — wenn auch für Kleinwohnungsbau — wirtschaftlich auf einer ganz anderen Linie?

Es gibt Menschen und es gibt Kreise, die Dummheiten nicht einsehen und noch viel weniger eingestehen wollen, und die sich ein Publikum aussuchen, das durch Beifall ihr eigenes, unsicher gewordenes Gewissen stärken soll. Und so stellte sich Herr Reichsfinanzminister Dr. Dietrich vor eine Versammlung des Kartells des Mittelstandes in Berlin, und redete zum Mund, und redete, was er im vorigen Jahre schon gesagt und was durch Wirtschaftstatachen inzwischen widerlegt worden ist.

Nach dem Berliner Tageblatt, Nr. 197, vom 27. April, führte er aus: „Den Tiefpunkt der Entwicklung haben wir infolgedessen überwunden, als die Zahl der Arbeitslosen zurückgegangen ist. Es erhebt sich die Frage, ob die Entlastung anhalten und auch im nächsten Winter sich auswirken wird. In früheren Krisen wurde durch die Einschränkung der Wirtschaft Kapital freigelegt, das zu billigen Zinsen Beschäftigung im Baugewerbe suchte. Von dort aus erfolgte dann die Wiederankurbelung. Nun stehen diesmal zwei Tatsachen im Wege, nämlich der Kapitalentzug durch die Tributlasten und die Einschränkung der öffentlichen Bauwirtschaft. Sie werden fragen, warum man gerade in diesem Augenblick den Abbau der Bauwirtschaft vorgenommen hat und einen Teil der Hauszinssteuer, statt sie zu Bauzwecken zu verwenden, an die Gemeinden gegeben hat. Das letztere ist geschehen, weil wir sonst im laufenden Etatsjahr eine solche Ueberhöhung der Realsteuern bekommen hätten, daß sie den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand erschlagen hätte. Wenn es nicht gelungen ist, überall eine Senkung der Realsteuern durchzuführen, so deswegen, weil der Reichsrat die ursprünglichen Vorschläge der Regierung geändert hat, aber ein Stillstand ist wenigstens allgemein erreicht. Der Abbau der Bauwirtschaft aber war notwendig, weil wir im Begriff waren, und es vielfach sogar schon getan hatten, Wohnungen zu bauen, die den Minderbemittelten nichts nützten, weil diese sie nicht bezahlen konnten. Wohnungen, die dann bezogen wurden von Inhabern größerer, aber nicht mehr ganz moderner Altwohnungen. Ein abschreckendes Beispiel dafür ist Berlin. Sodann hat die öffentliche Bauwirtschaft Löhne und Preise in die Höhe getrieben, deren Zurückschrauben eine unbedingte Notwendigkeit ist. Wenn man annimmt, daß wir für 25 bis 30 Milliarden Mark Industrie- und Wohnungsbauten zu den überhöhten Sätzen gemacht haben, dann ist allein aus diesem Umstand der Gesamtwirtschaft eine Belastung von mindestens 6 bis 7 Milliarden entstanden. Die Staatswirtschaft muß daher wieder der Privatwirtschaft Platz machen, und nur die Kleinwohnungen dürfen noch mit öffentlichen Mitteln gebaut werden. Ueber diese Dinge ist man innerhalb der Staatspartei einer Meinung, wenn man sich auch darüber keinem Zweifel hinabsetzt, daß durch die momentane Einschränkung des öffent-

lichen Bauwesens die Wiedereingangslegung der Wirtschaft gehemmt ist. Aber noch verfehlter wäre es, aus diesem Grunde die alten Fehler fortzusetzen. Das erste, was unbedingt im Interesse des gewerblichen Mittelstandes notwendig ist, ist die Bildung von Kapital und damit die Verbilligung der Zinsen."

Der Herr Minister gibt also zunächst zu, daß frühere Krisen durch Arbeitslosigkeit im Baugewerbe sich langsam in eine bessere Wirtschaftslage auflösten. Der Herr Minister gibt auch indirekt zu, daß diese Möglichkeiten aus der Wirtschaft heraus heute wesentlich erschwert sind (siehe Tributzinsen). Der Herr Minister weiß auch, daß die Wählerkreise, die er fangen wollte, und die zu den Flügelparteien gelaufen sind, Kapitalflucht aus Deutschland in Höhe von 1 1/2 Milliarden Mark durch ihre Stimmenabgabe herbeigeführt haben. Der Herr Minister weiß auch weiter, daß infolge der durch die Reichstagswahl eingeleiteten Vertrauenskrise Kündigung ausländischen Kapitals erfolgt und günstige Anleiheverhandlungen zerfallen worden sind. Und der Herr Minister muß auch wissen, daß das wenige der Bauwirtschaft allenfalls zur Verfügung stehende Geld der Hypothekendarlehen heute von der übrigen Wirtschaft so gern begehrt wird und kurzfristig wieder zurückgezahlt werden kann, so daß aber auch gar keine Möglichkeiten bestehen, etwa durch billige Geldreserven wie in früheren Krisenzeiten über die Bauwirtschaft wieder eine allgemeine Wirtschaftsbelebung einzuleiten. Wenn also alle seine nachfolgenden unbeweisbaren Behauptungen wahr wären, dann hätte aus reinen staats- und volkswirtschaftlichen Erwägungen ein anderer Weg als der der besonderen Drosselung der Bauwirtschaft begangen werden müssen. Zum mindesten hätte man im Nachwinter dieses Jahres rechtzeitig im Reichsfinanzministerium umlenken müssen, aber das Gegenteil ist geschehen. Selbst gegenüber der deutschen Gesellschaft für öffentliche Arbeit, deren Spitze nicht besonders energisch zu sein schien, haben sich die Kräfte des Reichsfinanzministeriums dauernd als bremsend ausgewirkt. Belebung der inneren Wirtschaft in großem Ausmaße muß letzten Endes einmal über einen großen Wirtschaftszweig, der eine Menge anderer zum Mitschwimmen veranlaßt, eingeleitet werden. Das Baugewerbe gab in normalen Zeiten rund 1,5 Millionen Menschen Arbeitsgelegenheit. Seine Umsätze gingen in die Milliarden. In einem breiten Strom flossen sie über die engeren Berufszugehörigen der Baustoffindustrie und des Baugewerbes zu den Baunebenberufen, zu den Einrichtungsgewerben und befruchteten die Transportgewerbe einschließlich der Reichsbahn. Diesen Weg verbaute zu haben, ist ein Verdienst des Reichsfinanzministeriums, das einen breiteren Mittelstand durch Realsteuerentlastung schaffen wollte, und das durch seine Politik dem Mittelstand infolge mangelnder Konsumkraft der erwerbslosen Bevölkerung die Käuferkraft vorzuziehen und der weiteren Proletarisierung breiterer Arbeiterkreise die Tore öffnete. Bei dem Einfluß, den heute der Reichsfinanzminister hat, ist er unangenehm auch der Wirtschaftsmisere. Steuerentlastung und Steuererhöhung, die wie bei der Realsteuerentlastung infolge ihrer Vergettelung für wirtschaftsbehaftete Neuanlage nicht die geringste Aussicht boten, sind in unserer heutigen, auf dauernde Wechselwirkung eingestellten Wirtschaft ganz zweifelhaftes Geschehen.

Nach Herrn Dr. Dietrich sollen die bei anderer Lastenverteilung notwendig gewordenen Realsteuern so gefährlich sein, daß sie den gewerblichen und kaufmännischen Mittelstand erschlagen hätten. Durch die Drosselung des Baugewerbes wird dem Mittelstand — gleich, ob gewerblich oder kaufmännisch — das Vielfache an Umsatz und Verdienst vorenthalten, was an Realsteuern krämerhaft gesparrt worden ist.

Herr Reichsfinanzminister Dr. Dietrich stellt dann aber auch Behauptungen auf, die auch aus Ministermunde gesprochen keine Bürgschaft für Wahr-

heit geben. Nach vorstehendem Zitat sagt er, daß „wir im Begriff waren und es vielfach schon getan hätten, Wohnungen zu bauen, die den Minderbemittelten nichts nützen, weil diese sie nicht bezahlen konnten“. Der aufmerksame Hörer achtet auf den Ausdruck: „im Begriff waren und es vielfach...“. Daß hier nicht mit Tatsachen, sondern nur mit Meinungen operiert wird, ist deutlich zu merken. Einzelne Mißgriffe im Bauwesen geben kein Recht zu so verallgemeinernden Schlussfolgerungen. Daß ein Teil der heute erstellten Neubauwohnungen für Minderbemittelte nicht erschwinglich ist, ist keine neue Weisheit. Trotzdem können die unteren Volkskreise bei later Sicht daran ein Interesse haben, weil die Bezahler der Neubauwohnungen in vielen Fällen Altwohnungen frei machen, zu mindesten aber den Markt derjenigen, die auf billige Wohnungen reflektieren, entlasten. Der Herr Minister macht in seinen nachfolgenden Ausführungen dann auch eine ganz unzweideutige Verbeugung vor dem Althausbesitz, dem die Konkurrenz der modernen Neubauwohnungen nicht unangenehm werden soll.

Was der Herr Minister dann über die öffentliche Bauwirtschaft, über Löhne und Preise sagt, ist zum mindesten hinsichtlich der Löhne eine starke Übertreibung. Es ist in unserer heutigen Zeit für das arbeitende Volk nun bald ein Etel, sich seinen armseligen Lohn dauernd vorwerfen zu lassen. Das klingt besonders angenehm von Ministern, die im Monat mehr Einkommen haben als ein vollbeschäftigter Bauarbeiter im Jahr, und von Leuten, die heute bestimmt das fünffache Einkommen dessen haben, was sie in der Vorkriegszeit verdient haben. Wenn uns solche Ausführungen als grob und persönlich angezogen werden, so kann uns das nicht mehr stören. Es wird nachgerade zu einer großen Schuld der Arbeiterschaft, wenn sie sich dauernd ihren lauer verdienten Lohn ohne Widerrede zum Vorwurf machen läßt. Der Bauarbeiterlohn hat bestimmt die Baukosten nicht verteuert, das ist nachgewiesen. Persönliche Fertigkeit, Rationalisierung, raffinierte Arbeitseinteilung und Antreiberei

haben gerade im Baugewerbe den Lohnanteil am Arbeitsobjekt gegen früher sogar herabgedrückt. Ueber die Baustoffpreise möge er sich mit gewissen Kreisen des Mittelstandes, besonders aber mit der kartellierten Baustoffindustrie auseinandersetzen und zur Anwendung der Kartellverordnung auch das seinige tun. Es ist sodann zum mindesten ein Unterschlagen wichtiger Tatbestände, wenn man in einem solchen Zusammenhang die Löhne an die Spitze stellt, die Preise allgemein nennt und die horrenden Bodenpreise — gerade in den Großstädten —, die überhöhten behördlichen Gebühren, die Straßenanliegerbeiträge und die Krone des Übels, die ungerechtfertigten Zinssätze, nicht nennt. Es ist weiter eine volkswirtschaftliche Umkehrung der Begriffe, wenn heute von Regierungsstellen die Investierung in Wohnbauobjekten als verlorenes Volkskapital hingestellt wird. Hier stehen immerhin Werte, die teilweise sicher durch die unberechtigten Bodenpreise, Zinssätze und Behördenauflagen zu hoch angelegt werden müssen, die aber bei Wegfallen dieser Belastungen nicht wegzudisputierende Wirtschaftswerte darstellen. Das Grundsatzgemachte von 6-7 Milliarden Ueberlastung durch 25-30 Milliarden Geldanlage in Industrie- und Wohnungsbauten ist ein Versuch, der Spießer blaffen kann, der aber einer ernsthaften Nachschau nicht in vollem Umfange standhält und bei dem zum mindesten die Löhne nicht die Rolle spielen, die ihnen in unberechtigter Weise angedichtet werden.

Wir müssen schon sagen, daß eine solche Grundeinstellung des ausschlaggebenden Ressortministers im Rate der andern zu starken Befürchtungen für das Baugewerbe Anlaß geben kann. Wir können nicht dulden, und die gesamte Volkswirtschaft kann es sich nicht gefallen lassen, daß in der derzeitigen Form die Bauwirtschaft zum Sündenbock der Kriegsfolgen und nachkriegszeitlicher Finanzpolitik gemacht wird.

Die Reichsregierung wird im Rahmen ihres Sanierungsprogramms der deutschen Wirtschaft an einer anderen Bewertung der Bauwirtschaft nicht vorbeikommen. Je eher sie hier neue Wege geht, um so besser für die Volksgesamtheit.

Wahlordnung für die Delegiertenwahlen zur Verbands- Generalversammlung 1931

1. Die Bezirksleiter sind für ihren Bezirk Wahlvorsteher. (Siehe § 13, Ziffer 7 der Verbandsstatuten.) Die Verwaltungsstellen erledigen demzufolge alle Wahlgeschäfte mit ihrem Wahlvorsteher.

2. Die Hauptwahlen finden am Sonntag, dem 14. Juni, in der Zeit von vormittags 10 Uhr bis nachmittags 2 Uhr, durch geheime Stimmabgabe (Stimmzettel) statt; erforderliche Stichwahlen sind in gleicher Weise und in derselben Tageszeit am Sonntag, dem 12. Juli, vorzunehmen. Den Verwaltungsstellen ist gestattet, sofern es die räumliche Ausdehnung erfordert, in den Ortsgruppen eigene Abstimmungsstellen einzurichten. Für die Beachtung der Wahlordnung trägt jedoch der Verwaltungsvorstand die Verantwortung.

3. Wahlberechtigt ist jedes Mitglied, das fahungsgemäß der Beitragspflicht genügt hat. Jedes Mitglied soll in der Regel in der Verwaltungsstelle bzw. Ortsgruppe sein Wahlrecht ausüben, in der es angemeldet ist und seine Beitragspflicht erfüllt. Um jedoch allen Mitgliedern die Wahlmöglichkeit zu geben, können diejenigen, welche am Wahltag nicht an ihrem eigentlichen Wahlorte anwesend sind, ihr Wahlrecht in derjenigen Verwaltungsstelle bzw. Ortsgruppe ausüben, in welcher sie gerade anwesend sind.

4. Jedes Mitglied darf nur an einer Stelle und nur durch Abgabe eines Stimmzettels wählen. Als Wahlberechtigungsanweis gilt das Mitgliedsbuch, welches jedes Mitglied der Wahlkommission vorzulegen hat. Diese hat die Wahlberechtigung zu prüfen und die Wahlkarte auf die Beitragsseite 1931 selbst einzulassen. Die Abgabe des Stimmzettels darf erst nach erfolgtem Marktleben erfolgen.

5. Als Wahlkommission haben drei Mitglieder des Vorstandes oder drei vom Vorstande ernannte Mitglieder den Wahlakt zu leiten. Sofern vor dem Wahltag noch eine Mitgliederversammlung stattfindet, ist in dieser die Wahlkommission durch die Mitglieder zu wählen. Die Wahl erfolgt durch Zuzug.

6. Der Wahlakt hat pünktlich um 10 Uhr zu beginnen und darf erst um 2 Uhr geschlossen werden. Alle Mitglieder, welche jedoch vor 2 Uhr im Wahllokale anwesend waren, sind zur Wahl zugelassen, auch dann, wenn die Zeit um einiges überschritten wird.

Nach Schluß der Wahl ist zunächst festzustellen, wieviel Wahlkarten herausgegeben sind. Die Zahl der abgegebenen Stimmzettel muß dann die gleiche sein. Ist diese Feststellung erfolgt, dann beginnt das Auszählen.

7. Ist das Wahlergebnis festgestellt, dann muß die Wahlkommission das Wahlprotokoll ausfüllen, mit ihrer Namensunterschrift versehen, auch vom Vorsitzenden der Verwaltungsstelle unterzeichnen lassen und an den Wahlvorsteher (Bezirksleiter) einleiten.

Das Wahlergebnis der Hauptwahlen muß spätestens am 26. Juni, dasjenige der Stichwahlen spätestens am 24. Juli in den Händen des Wahlvorstehers sein. Später

eingehende Resultate zählen bei der Zusammenstellung der Endergebnisse nicht mit.

8. Der Wahlvorsteher stellt das Ergebnis der Wahlen in einer Liste zusammen. (Diese Liste ist der von der Generalversammlung zu wählenden Mandatsprüfungskommission unter Beifügung der Wahlprotokolle der Verwaltungsstelle vorzulegen.)

Ergibt die Zusammenstellung der Ergebnisse aus einem Wahlkreise, daß ein Kandidat die absolute Mehrheit der abgegebenen Stimmen erhalten hat, so ist derselbe als Delegierter gewählt. Derjenige mit der zweithöchsten Stimmzahl ist als Ersatz-Delegierter gewählt. Hat keiner der Kandidaten die absolute Mehrheit erhalten, so muß zwischen den beiden höchstbestimmten Stichwahl stattfinden. Der Wahlvorsteher hat dieses unter Angabe der Namen derjenigen, die zur Stichwahl stehen, bis spätestens 23. Juni den Verwaltungsstellen mitzuteilen.

9. Der Wahlakt bei eventuellen Stichwahlen am 12. Juli findet nach denselben Bestimmungen wie bei den Hauptwahlen statt.

10. Der Wahlvorsteher (Bezirksleiter) hat das Ergebnis der Hauptwahl bis spätestens den 1. Juli dem Hauptvorstande mitzuteilen. Die erforderlichen Stichwahlen werden in der folgenden Nummer der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben.

Das Ergebnis der Stichwahlen muß bis spätestens den 30. Juli dem Hauptvorstande mitgeteilt sein.

Von allen gewählten Delegierten und Ersatz-Delegierten ist dem Hauptvorstande die genaue Anschrift mitzuteilen.

Die gewählten Delegierten und Ersatz-Delegierten werden in der „Baugewerkschaft“ bekanntgegeben.

11. Alles Wahlmaterial ist bis zur Beendigung der Generalversammlung aufzubewahren und auf Aufforderung einer übergeordneten Stelle an diese abzuführen.

Wahlbezirkseinteilung.

Ein Wahlbezirk umfaßt alle Verwaltungsstellen des betreffenden Verbandsbezirktes.

Wahlbezirk I, Berlin, wählt fünf Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter und einen Betonarbeiter.

Wahlbezirk II, Bochum, wählt 10 Delegierte, darunter einen Polier, einen Zimmerer, einen Dachdecker, einen Studateur, einen Isolierer, einen Fliesenleger, zwei Bauhilfsarbeiter, einen Betonarbeiter und einen Erdarbeiter.

Wahlbezirk III, Breslau, wählt fünf Delegierte, darunter einen Zimmerer und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk IV, Braunschweig, wählt fünf Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter und einen Studateur.

Wahlbezirk V, Hannover, wählt sechs Delegierte, darunter einen Zimmerer und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk VI, Karlsruhe, vier Delegierte, darunter einen Studateur oder Fliesenleger und einen Bauhilfsarbeiter.

„Ich sehe nicht ein, weshalb die Arbeit eines Kaminschneiders oder Schlichters oder eines Menschen, der den Anstichhammer reißt, mag der auch noch so kräftig ausgeübt sein, höher eingeschlagen werden muß, als die einer Wäckerin, einer Köchin oder einer Hausfrau! Es gibt gewiß verwickelte und schwierige Hausarbeiten, die mehr Umsicht und Ausdauer erfordern, als manche Staatsaktionen, bei denen sich der verantwortliche Minister von einem Herr geschulter und gewählter Käte und von den Spannungserhältnissen des jeweiligen Parlaments leiten läßt.“
Koblenzener.

Wahlbezirk VII, Köln, zehn Delegierte, darunter einen Polier, einen Zimmerer, einen Studateur, zwei Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk VIII, Königsberg, drei Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter und einen Erdarbeiter.

Wahlbezirk IX, München, fünf Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk X, Münster, vier Delegierte, darunter einen Zimmerer und einen Bauhilfsarbeiter.

Wahlbezirk XI, Faderborn, drei Delegierte, darunter einen Bauhilfsarbeiter.

Die Deutsche Bauausstellung Berlin 1931

Am 9. Mai öffnet die Deutsche Bauausstellung Berlin der Welt ihre Pforten. Für diese größte Nachkriegsveranstaltung der Reichshauptstadt steht das gesamte Ausstellungsgelände der Stadt Berlin für die Dauer der Ausstellung vom 9. Mai bis 2. August 1931 zur Verfügung.

Die Deutsche Bauausstellung will die grundlegende geistige und wirtschaftliche Wandlung unserer Zeit im Bau- und Wohnungswesen sichtbar machen und den Baugedanken in das Volk tragen, neuen Baumwillen, neue Baugesinnung, neue und verbesserte Bautechniken und Bauformen fördern und damit nicht nur werdend, ab-satzsteigernd, sondern auch erzieherisch, belehrend und an-regend wirken. Die Ausstellung wird vom Verein Bau-ausstellung e. V., in dem Spitzenverbände der deutschen Bauwirtschaft zusammengeschlossen sind, und der Stadt Berlin in Zusammenarbeit mit weiteren Vertretern aus Wissenschaft, Kunst und Wirtschaft des Bau- und Woh-nungswesens veranstaltet. Der Inhalt der Ausstellung betont weniger das Gestrern und Heute, er widmet sich viel-mehr stärker der kommenden Entwicklung und wird da-durch wegweisend, richtunggebend sein. Die Ausstellung trägt dabei der Raumnot, Zeitnot und Geldnot, der so-zialen Umschichtung Rechnung und stellt die geistige wie wirtschaftliche Wandlung unserer Zeit in bezug auf die Wohnbedürfnisse aller Bevölkerungsschichten klar. Für den kommenden Neueinsatz der Bautätigkeit schließlich übernimmt die Deutsche Bauausstellung die vorbereiten-den und grundlegenden Arbeiten durch übersichtliche und systematische Sammlung alles erprobten und zu über-prüfenden Materials. Die mit der Deutschen Bauaus-stellung verbundene Internationale Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen mit der umfassenden Be-teiligung des Auslandes gewährleistet gleichzeitig einen Ueberblick über das Weltgeschäft auf dem für die gesamte Menschheit wichtigsten Gebiete des Siedlungs- und Woh-nungswesens.

Die Ausstellung gliedert sich wie folgt:

- Abt. A: „Internationale Ausstellung für Städtebau und Wohnungswesen“ mit der
- Abt. B: „Das Bauwert unserer Zeit“.
- Abt. C: „Die Wohnung unserer Zeit“.
- Abt. D: „Das neue Bauen“.
- Abt. E: „Sonderausstellung für landwirtschaftliches Bauwesen“.
- Abt. F: „Garagenausstellung“.
- Abt. G: „Das Lehrwesen auf der Deutschen Bauausstellung“.

Tarifbewegung

Baderborn, Detmold, Salzgitter, Enger sind wegen Lohnhöherungen gesperrt für Maurer, Zimmerer, Bauhilfsarbeiter, Baderborn auch für Stuckateure.

In Gütersloh sind die Baugeschäfte Schüller & Franke, Strud und Rödel für Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter gesperrt. Zugang ist ferngehalten.

Nordwestdeutschland (Hannover).

Vor dem Tarifamt wurde über die strittigen nachgeordneten fünf Klassen verhandelt und ein Spruch gefällt. Die Forderung der Unternehmer ging auf 13 Pf. Abbau. Der Schiedspruch brachte einen 10prozentigen Abbau, in den unteren Klassen 1 Pf. mehr. Jede Umgruppierung einzelner Orte nach unten wurde abgewiesen.

Braunschweig.

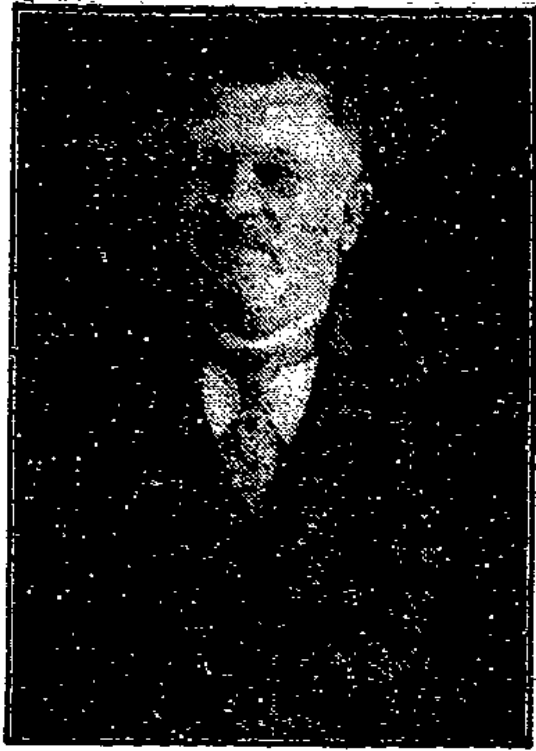
Nachdem die Arbeitnehmervertreter die Verhandlungen im Tarifamt für unfruchtbar gehalten haben, fällt der Vorsitzende mit den Arbeitgeberstimmen einen Schiedspruch auf ähnlicher Grundlage wie in Hannover. Der Schiedspruch ist unsererseits abgelehnt. Der Schiedspruch der zentralen Schiedsstelle hinsichtlich der Spitzenlöhne ist durch den amtlichen Schlichter Dr. Bödgers für verbindlich erklärt.

Westfalen-Ost und Pomm.

Auch hier wurde der zentrale Schiedspruch durch den vom Reichsarbeitsministerium bestimmten Stellvertreter des Schlichter von Kln. Dr. Siller für verbindlich erklärt. Für die nachgeordneten Ortsklassen schlugen die Unternehmer statt der heutigen fünf Klassen acht besondere Lohngruppen vor. Sie wollten dadurch die von ihnen vorgeschlagene Umgruppierung nach unten mündig-gerechter machen. Der Bezirksarbeitgeberverband hat seinen Mitgliedern die Anweisung gegeben, nach diesem neuen Plan die Löhne auszugeben. Die Folge war Arbeitseinstellung in einer Reihe von Orten. Ueber neue auf den 30 April vorgesehene Verhandlungen liegt noch kein Bericht vor.

Am 9. Mai 1931 ist der neunzehnte Wochenbeitrag für das Jahr 1931 fällig.

Robert Garisch †



Am 28. April starb nach längerem Lei-den der Kollege Robert Garisch, Expedient an der Hauptstelle unseres Verbandes. Der Berewigte war in der breiten Öffentlichkeit weniger bekannt, um so mehr bei den Veteranen der christlichen Gewerkschaftsbewegung in Berlin. Kollege Garisch war geboren im Jahre 1868 in Laßwih, Oberschlesien. Er erlernte das Maurerhandwerk und siedelte später, wie viele seiner Landsleute, nach Berlin über. Als Ende der 90er Jahre die Zusammenfassung der christlich gesinnten Arbeiterschaft in Berlin zur Notwendigkeit wurde, war auch Robert Garisch sogleich dabei. Bereits am 3. März 1898 trat er dem damaligen Arbeiterschuhverein, der Sammellorganisation aller christlich gesinnten Arbeiter, bei. Mit Kollegen Wiedeberg, unserem verstorbenen Paul Ringel und anderen gehörte er dann zu den Mitbegründern unseres Verbandes, damals Zentralverband christlicher Maurer und verwandter Berufe. Es war natürlich, daß der fernige, gelehrte Oberschlesier bald Vertrauensposten innerhalb unseres Verbandes, wo in den Anfangsjahren jede willige Hand gebraucht wurde, zu bekleiden hatte. Das Vertrauen seiner Kollegen berief ihn am 1. April 1904 zum Lokalangestellten der Maurer am Ort. Bei Verschmelzung der 4 örtlichen, nach Be-rufen gegliederten Verwaltungsstellen im Jahre 1908 wurde er Vorsitzender der Gesamtverwaltungsstelle aller baugewerblichen Berufe. Daneben gehörte er von 1899 bis 1907 ehrenamtlich dem Hauptvorstand des Verbandes an. Am 1. April 1911 wurde Garisch von der Hauptgeschäftsstelle des Ver-bandes übernommen. Dort war er neben dem vor einigen Jahren verstorbenen Paul Ringel seit dieser Zeit als Expedient in un-ermüdlicher Pflichttreue tätig. Den Verstorbenen zeichneten ein außerordentlicher Wirklichkeitsinn und Pflichttreue aus. Sein gutes Zahlen- und Abrechenvermögen war ihm in seinem Beruf besonders wertvoll. Jeden Tag reinen Tisch war sein Arbeitsprinzip. Seit Durchorganisation der „Christlichen Arbeiterhilfe“ in Berlin betrat er als deren Vertrauensmann den angedehnten Verwaltungsbezirk Lichtenberg, in welchem durch die Zusammenlegung der Bevölkerung ein besonders hartes, soziales Einzelhelfen erforderlich ist. Ein Leben der Pflichttreue, des Bekenntnisses christlicher Ueberzeugung aus einer Zeit, wo Organisationskraft und Christlichorganisiertsein mit schweren persönlichen und sachlichen Opfern verbunden war, ist beendet. Der Verbandsvorstand verliert eine verlässige Kraft; unsere Kassierer der Verwaltungsstellen einen prompten Erlediger ihrer Anforderungen. Wir werden des Verstorbenen stets in Freundschaft gedenken!

Saargebiet. Da wiederholte Verhandlungen scheiterten, zog sich die Bauarbeiterausperrung fünf Wochen hin. Am 30. April fanden erneut unter dem Vorsitz von Herrn Minister Rothmann Verhandlungen statt, die zur Beendigung der Aussperrung führten. Die Parteien einigten sich auf der Lohnbasis vom Jahre 1927. Danach betragen die Lohnsätze für gelehrte Arbeiter:

a) Maurer, Zimmerer, Betonarbeiter, Stein-dreher	Frs. 8.10
b) Steinhauer	8.85
c) Pflasterer	7.05
d) Kammer	5.95
e) Zimmerer im Beton, einschließlich Werk-zeuggeld	6.40
Für Bauhilfsarbeiter	4.50

Das neue Lohnabkommen ist befristet zum 31. Januar 1931.

Die Unternehmer haben sich verspekuliert. Nach vierwöchiger Aussperrung mußten sie sich auf den letzten Schiedspruch, der 5% Prozent Lohnabbau vorsah und von den Arbeiterorganisationen angenommen war, zurückziehen. Der jetzige Abbau beträgt 5.4 Prozent. Die Arbeit wird Montag, den 4. Mai, wieder aufgenommen.

Studateure

Bertragsgebiet Rheinland.

Die Forderung der Arbeitgeber ging dahin, den Lohn der Studateure in allen Gebieten mit 8 Prozent über den Maurerlohn, den Buherlohn gleich dem Maurer-lohn, dem Lohn der Hilfsarbeiter gleich dem im Bau-gewerbe anzusehen. Unsere Forderungen lauteten auf Beibehaltung der bisherigen Löhne, Verkürzung der Ar-beitszeit auf 40 Stunden wöchentlich; über einen Lohn-ausgleich sei eine Verständigung herbeizuführen. Nach Scheitern der Parteiverhandlungen trat unter dem Vorsitz des bisherigen Tarifamtsvorsitzenden Landesarbeits-gerichtsdirktor Dr. W i r h und der Unparteiischen Herren Faubel und Merten das Tarifamt zusammen. Auch hier gestalteten sich die Verhandlungen außer-ordentlich schwierig, weil der Vorsitzende den Standpunkt vertrat, daß die Studateur- und Buherköhne eine recht fühlbare Senkung erfahren müßten und ging auch sein Vorschlag dahin, den Lohn um mindestens 12 Prozent zu kürzen. Da er mit dieser Ansicht bei den Arbeiterver-tretern keine Gegenliebe fand, wurde ein Schiedspruch mit den Stimmen der Arbeitgeber auf 13 Prozent Lohn-abbau gefällt. Dieser Schiedspruch wurde von den Ar-beiterorganisationen abgelehnt und Berufung an das Haupttarifamt eingelegt, mit dem Erfolge, daß das Haupttarifamt in seiner Sitzung vom 14. April 1931 entschied, daß für die Lohngebiete Krefeld-Glabbech, Rheindt und Koblenz der Lohnabbau für die Studateure und Buhler 11.2 Prozent, im übrigen aber 10.2 Prozent betragen soll. Dieser Schiedspruch ist endgültig und bindend. Charakteristisch an den Ausführungen des Tarifamtsvorsitzenden Dr. W i r h war, daß er erklärte, die unteren Volksschichten, besonders auch die Arbeiterschaft, seien es gewesen, die in der Hauptsache die Lasten des Krieges zu tragen gehabt hätten, und die auch jetzt bei der Wirtschaftskrise diejenigen sein müßten, die am meisten leiden. Das sei zwar bitter, aber an den Tat-sachen läme man nicht vorbei. Was einer Entschuldig-ung gleichkommt.

Dachdecker

Rheinland und Westfalen.

Die Arbeitgeberansprüche zur Lohnfrage lagen auf der unverständigen Linie des Bauhauptgewerbes. Abbauforde-rungen auf Gleichstellung mit dem Maurerlohn, Herab-setzung um 14-14 Pf. pro Stunde wurden mit dreier Stellen angeboten. Ohne die wieder in Gang gekommenen zentralen Verhandlungen abzuwarten, wurden neue Löhne in diesem Sinne angeboten, anerkennende Unterschriften verlangt und bei Verweigerung ausgesperrt bzw. entlassen. Die Gewerkschaft hat sich dadurch nicht einschüchtern lassen und je nach den örtlichen Verhältnissen und Be-dürfnissen mit entsprechenden Gegenmaßnahmen ge-antwortet.

Nachdem die Situation meistersseits genügend ver-fahren war, einzelne Herren auch durch ihr großzügiges Gebaren sich ein besonderes Andenken gesichert hatten, wurde auf Grund der zentralen Vereinbarungen am 24. April erneut verhandelt. Man einigte sich auf Beibehaltung des bisherigen Geltungsbereiches, der Rhein-land, Westfalen, Volksstaat Hessen und die Provinz Jellen-Nassau umfaßt. Gauschlachtungsausschüsse sollen in Köln und Frankfurt a. M. ertüchtigt werden. In der Lohnfrage war ein Zusammenkommen nicht zu erzielen. Man einigte sich, die Angelegenheit vor die Gauschlachtungsausschüsse und nötigenfalls vor die staatliche Schlachtungsausschüsse zu bringen. Der Gauschlachtungsausschuss muß bis zum 10. Mai einen Spruch fällen, der dem Entschied der Ver-tragsbeteiligten untersteht. Bei Ablehnung soll der nach-folgende Entschied des staatlichen Schlachtungsausschusses endgültig sein. - Für Köln ist zur Behebung der ört-lichen Lohnstreitigkeiten eine vorläufige Vereinbarung getroffen, wonach der Stundenlohn für Dachdecker und Baulempner 1.38 M. pro Stunde beträgt, das ist Maurer-lohn plus 17 Pf.

Mannheim (Gruppe der Werkmaurer). Die Lohn-bewegung in der chemischen Industrie ist nun auch zum Abschluß gebracht. In der Verhandlung am 22. April vor dem Landeslichter in Karlsruhe kam, nachdem in den tariflichen Schiedsstellen eine Einigung nicht erzielt werden konnte, zwischen den Parteien sol-gende Vereinbarung zustande:

1. Das jetzige Lohnabkommen tritt wieder in Kraft mit der Maßgabe, daß ab 20. April 1931 eine Senkung des Gelohnes um 5 Prozent eintritt.
2. Dieses Abkommen ist mit überwöchentlichem Frist auf Monatsende, erstmalig am 30. November 1931, kündbar.

Die Verhandlungen wurden von den Arbeitgebern mit einer Schärfe geführt, wie man dies von früher her nicht kannte; von einer Industrie, welche von der Wir-tschaftskrise nur wenig betroffen wurde. Der Lohn-

abbaarumel mußte auch hier mitgemacht werden, obgleich nach unwiderprochenen Ausführungen eines Führers der chemischen Industrie ein Lohnabbau in dem üblichen Rahmen kaum Einfluß auf die Preisgestaltung der chemischen Erzeugnisse habe. Wie die Einstellung auch dieser Arbeitgeber aussteht, zeigen die Ausführungen eines ihrer Vertreter, der nach primitiv-reaktionären „volkswirtschaftlichen“ Darlegungen zu dem Schluß kam, an dem heutigen Abend seien nur die Gewerkschaften schuld. Von der weitgehenden Rationalisierung und der ungeheuren Leistungssteigerung, von den großen Fehlinvestitionen und dem schon seit längerer Zeit erfolgten Abbau der Akkordlöhne von 15 Prozent und mehr, wollte man natürlich nichts wissen. An einer entsprechenden Antwort auf diese Angriffe hat es nicht gefehlt. Es wäre zu wünschen, daß unsere Kollegen in der Industrie hieraus die nötigen Lehren ziehen, die in einer entsprechenden Werbetätigkeit zum Ausdruck kommen müssen.

Lohnfestsetzung für feuerungstechnische Arbeiten in Berlin.

Nachdem der Hochbaulohn für Berlin verbindlich erklärt worden ist und dieser Lohn durch den Schiedsspruch der Schlichtungskammer einschl. Gehirngeld auf 143 M. festgesetzt ist, stellen sich die Löhne für Groß-Berlin wie folgt:

Feuerungsmaurer	158 Pfg.
Feuerungshelfer	135 "
Schamottesteinsetzer	143 "
Schornsteinmaurer I	179 "
Schornsteinmaurer II	172 "
Schornsteinhelfer I	158 "
Schornsteinhelfer II	143 "
Koks- und Gasanstaltsmaurer	151 "
Mindestlohn: Feuerungsmaurer	174 "
Schornsteinbauer	197 "

Die in der 1. (Vorläufigen) Lohnfestsetzung vom 10. April 1931 angegebenen Löhne für Berlin sind mithin ungültig.

Rundschau

Reichstagung evangelischer Arbeitervereine

Unsere Zeit ist voll von Gärungen, Bewegungen, Lösungsversuchen usw. Eines der brennendsten Probleme, wenn nicht das brennendste, ist immer noch, wie wir aus einem in Klassengegnerschaft sich bekämpfenden Interessentenhaufen ein organisch-gegliedertes, einiges Volk werden. Welchen Beitrag hierzu insbesondere die Arbeitererschaft, die heute auch immer noch eine mehr oder weniger gut organisierte Masse darstellt, leisten kann, darum mühen sich die evangelischen Arbeitervereine ganz besonders.

Dies in innerlicher und äußerlicher Weise deutlich zum Ausdruck zu bringen, soll die Anfang Juni d. J. in Essen stattfindende große Tagung aller evangelischer Arbeitervereine Deutschlands bezwecken. Das neue Programm, das Wollen der E.A.V. soll endgültig verabschiedet werden. Einen guten Rahmen dazu gibt das Hauptreferat von Geheimrat Prof. Dr. Werner Sombart über: „Beruf — Stand — Klasse“. Einen sichtbaren Ausdruck des Bekenntnisses der evangelischen Arbeitererschaft zur Kirche sollen die sechs großen Festgottesdienste in den Hauptkirchen Essens darstellen. Die nachfolgende Rundgebung im städtischen Saalbau soll ebenfalls in aller Deutlichkeit von dem Wollen der Bewegung zeugen. Einen verheißungsvollen Auftakt zu der Gesamttagung wird das vorher stattfindende 2. Reichstreffen der mit der E.A.V.-Bewegung verbundenen Evangelischen Arbeiter-Jugend darstellen. Den Abschluß soll ein 2. Internationales Kongress bilden.

Wohnungsbauplan in Bayern

Für den Wohnungsbauplan in Bayern sind im Haushalt 1931 insgesamt 44 Millionen Mark vorgesehen, nämlich 29 Millionen im ordentlichen und 15 Millionen im außerordentlichen Haushalt. Die Anforderung bleibt gegenüber dem Jahre 1930 um rund 6 Millionen Mark zurück. Da aber die Baukosten um 10-12 Proz. zurückgegangen sind, kann mit den für 1931 vorgesehenen Mitteln die gleiche Anzahl von Wohnungseinheiten gefördert werden, wie im Vorjahre. Bis zum Abschluß der Bauarbeiten im Rechnungsjahr 1929 wurden an kantonalen Bauanleihen in Bayern für den Wohnungsbauplan insgesamt 256,4 Millionen gewährt.

Aus dem Verbandsleben

Dortmund-Ort. Auf Grund verschiedener Anregungen wurde für die Gebiete von Körne, Wambel und Brakel am 15. April die Ortsgruppe Dortmund-Ort gegründet. Kollege Ernst erklärte den Zweck und die Aufgaben der Ortsgruppe. Zum 1. Vorsitzenden wurde Kollege Franz Walter, zum 1. Kassierer Kollege Robert Gricke gewählt. Die Meister, Eisenbetonarbeiter, Bauhilfsarbeiter, Zimmerer, Fliesenleger und Polierer sind im Vorstand vertreten. Nach der Wahl sprach Kollege Ernst noch über die Lohn- und Reichstärkerwerbungsfragen. In der regen Diskussion wurde darauf hingewiesen, daß wir als Saisonarbeiter den schlechtesten Entlohnung bekommen haben, der im Jahre 1931 gefestigt worden ist. In der richtigen Erkenntnis der Zeitnotwendigkeiten versprochen sich die Kollegen eifrigen Zusammenhang mit dem Ziel einer besseren Lohn- und Lebensgestaltung. Jeden dritten Mittwoch im Monat, abends 8.30 Uhr kommen wir im Lokal Pulger,

Wambler Hellweg zusammen. Die nächste Versammlung ist am 20. Mai. Alle Kollegen, auch die Arbeitslosen, müssen teilnehmen.

Ufenberg. Am 18. April hielten wir eine gutbesuchte Monatsversammlung ab. Kollege Schard, Nürnberg, befaßte sich in einem Vortrag mit dem Schlichtungsweesen, der Arbeitslosenversicherung und der Krankenversicherung. Ebenso wie der Mensch sich organisch entwickeln muß und seinen Aufgaben entgegenwächst, so muß auch der Arbeiter mit seiner Tätigkeit mithelfen zur Verwertung des Standes und zur Gesellschaftsvervollständigung. Auch dem Staat erwachsen ständige Verpflichtungen. Auf diesen Gedankengängen baut sich das vom Redner im einzelnen erläuterte Schlichtungsweesen und die ganze Sozialgesetzgebung auf. Richtig gesehen wirken sich diese Einrichtungen zum Segen für unsere ganze deutsche Volkswirtschaft aus. Dem Vortrag schloß sich eine anregende Aussprache an.

Gr. Nimsdorf. Am 19. April hielt unsere Ortsgruppe eine Mitgliederversammlung bei gutem Besuch ab. Kollege Heißig, Neustadt, gab uns Aufklärung über die Lohn- und Tarifverhältnisse, wobei er die Bestrebungen der Arbeitgeber, die schlechte Wirtschaftslage zuungunsten der Arbeitererschaft auszunutzen, gebührend kennzeichnete. Unser 2. Vorsitzende Kollege Eibis kann auf eine 25-jährige Verbandzugehörigkeit zurückblicken. Kollege Heißig widmete diesem Anlaß entsprechende Betrachtungen und überreichte dem Jubililar die Ehrenurkunde und die silberne Verbandsnadel. Wir wünschen, daß die Treue des Jubilars allen anderen Kollegen als Beispiel dienen möge. In diesem Sinne wünschte der 1. Vorsitzende Kollege Kabus weitere Zusammenarbeit.

Vertrauensmännerversammlung des Eichfeldes. Die dem Agitationsbereich des Sekretariats Duderstadt zugehörigen Verwaltungsstellen hatten sich — vertreten durch ihre Vertrauensleute — am 19. April in Leinefeld zu wichtigen Beratungen zusammengefunden. Trotz schlechten Wetters waren fast alle Ortsgruppen vertreten. Zunächst behandelte Kollege Wucherpehnig, Duderstadt, die immer wieder in Einzelfälle brennend werdenden Fragen der Arbeitslosenversicherung und Kriegunterstützung. Die dauernden Veränderungen auf diesen Gebieten und die verschiedenen Handhabungen in den einzelnen Arbeitsamtsbereichen lassen Verwirrung, Mißtrauen und auch uneinheitliche Behandlung nicht abreißen. Eine lebhafte Aussprache wurde dann hinsichtlich der sogenannten Schwarzarbeit gepflogen. Der Verband verurteilt solche berufliche Nebenarbeit. Wenn aber die in allen Unterstützungsarten ausgebeuteten Arbeitslosen sich zeitweise als selbständige Handwerker etablieren, dann kann solche aus Not verständliche Berufstätigkeit nicht mit der sogenannten Schwarzarbeit während der Berufstätigkeit gleichgestellt werden. Die Unternehmer des Baugewerbes hätten es in der Hand, durch solide Preise ohne horrende Meisteraufschläge und durch Mitbeschäftigung der langfristigen Erwerbslosen solche gelegentliche „Selbständigkeit“ im Handwerk unnötig zu machen. Auch die hemmungslose Lehrlingszuchterei durch manche Unternehmer führt in der Wirkung zu dem gleichen Ergebnis.

In dem Hauptreferat des Kollegen Zumbrod, Hannover, wurden die Kollegen mit den ungeheuren Schwierigkeiten bekannt gemacht, unter denen die dreijährigen Reichstärkerwerbungen und insbesondere die Lohnverhandlungen im nordwestdeutschen und thüringischen Bereich des Sekretariats zu führen waren. In der 30-jährigen Tätigkeit des Verbandes in unserem Gebiete konnte dauernd der Lohn, mit Ausnahme des Jahres 1926 gesteigert werden. In diesem Jahr ist unsere Aufgabe, bei der schwierigen Gesamtlage der Wirtschaft und angesichts der Tatsache, daß noch mehr wie 70 Prozent der Berufs Kollegen arbeitslos sind, die

jachlich und sozial unbegründeten Abbauforderungen der Unternehmer soweit wie möglich abzumildern. Daß die Lohnverhandlungen nicht mehr in dem gleichen mechanischen Verhältnis sich durchführen lassen wie in den letzten Jahren, mag dem einen oder anderen unbehagen sein; die heute notwendigen Formen bringen aber wieder eine stärkere Interessierung der einzelnen Verbandsorte an ihren besonderen Aufgaben. Bedauerlich ist, daß die Auswirkungen des Lohnabbaus in bezug auf Kaufkraftschwächung in den Kreisen, die von der Kaufkraft des Arbeiters abhängig sind, so wenig gewürdigt werden. Gewarnt werden muß trotz lang andauernder Arbeitslosigkeit vor Angebot unter den festgelegten Lohnhöhen; solche Berufs Kollegen geben den Unternehmern neues Material zu weiteren Abbaubestrebungen. Trotz aller Not des Einzelnen muß hier die Wirkung auf die Gesamtheit gesehen werden. Die Ausführungen fanden die Zustimmung der Konferenz. In einem Schlußwort mahnte Redner noch zu ruhiger Betrachtung der Verhältnisse und unbedingtem Vertrauen zum Verbande. In diesem Sinne muß nun in den einzelnen Orten gearbeitet werden.

Limburg. Am Sonntag, dem 19. April, fand eine Delegiertenkonferenz unseres Verbandes statt. Aus den angrenzenden Gebieten, dem Taunus und dem Westerwald, waren annähernd 40 Beauftragte erschienen. Kollege Sieben gab Bericht über seine 7 1/2 monatige Tätigkeit in unserer Verwaltungsstelle. Er verwies auf die allgemeine Wirtschaftslage, insbesondere die schlechte Entwicklung des Baumarktes. In unserem Abwanderungsgebiet wanderten sonst über 75 Prozent der Kollegen bei normalen Zeitverhältnissen ab, die jetzt restlos in der Heimat bleiben müssen. Die Bautätigkeit im hiesigen Bezirk lag mit Ausnahme von Limburg vollkommen brach. Trotz dieser erschwerenden Umstände hat sich der Mitgliederbestand erhöht, so daß wir von einem annehmbaren Anstieg sprechen können. Die Unterstützungseinrichtungen des Verbandes wurden sehr in Anspruch genommen. An Arbeitslosenunterstützung wurden ausgezahlt 5700 Mark, ferner konnte auf Grund der Rechtschutzfähigkeit einbarer Erfolg von 10 730 Mark erzielt werden. Besonderer Erwähnung bedarf unsere gewerkschaftliche Jugendpflege, die vorbildliche Fortschritte machte. In zehn verschiedenen Fachkursen, ferner einem Jugendkursus, der mehrere Tage währte und 100 Jungbauarbeiter zusammenführte, wurde der Jugend Gelegenheit geboten, sich beruflich und gewerkschaftlich fortzubilden. Die Aussprache ergab ein Bild des Opferwillens und Verantwortungsbewusstseins gegenüber den Verbandskollegen.

Bezirksleiter Kollege Schleicher, Bfm., nahm in einem längeren Bericht zu dem geführten Lohnkampf im Baugewerbe Stellung. Auf die lokalen Verhältnisse eingehend, führte er z. B. an, daß die Arbeitgeber für den hiesigen Bezirk mit einer zehnprozentigen Lohnsenkung nicht einverstanden wären, trotzdem ein Schiedsspruch von 10,3 Prozent vorliegt. Zusammenfassung unserer Kräfte, um unsern Gegnern ein Bollwerk entgegenzusetzen zu können, ist unsere Aufgabe!

Sterbetafel

Am 16. April starb unser Kollege der Maurer Wilhelm Langhans an Kehlkopfschwindsucht im Alter von 60 Jahren.

Ortsgruppe Altenessen.

Am 28. April starb unser Kollege, der Maurer Paul Grzente im Alter von 49 Jahren an Lungentzündung.

Verwaltungsstelle Danzig.

Ehre ihrem Andenken!

Kollegen! Berücksichtigt bei Bedarf die Inserenten der „Baugewerkschaft“

Radikaler Preisabbau!

Am besten kaufen wir hier...
Spart Geld!
Kassel 51

Spezialfabrik für Berufskleidung

LOUIS MOSBERG
Arbeitsgarderoben mit der Wasserwaage

Sind allen voran

Große Läger in La Kellen, echte Teakholzwasserwagen. Wegen Raumbeschränkung ist es mir nicht möglich, für alle Artikel Preise anzugeben. — doch, fordern Sie vor Auftragserteilung vollständig umsonst meine Preisliste ab. An Orten, wo nicht vertreten, Versand ab Bielefeld.

Louis Mosberg, Bielefeld 5, Breitenstraße 44.

Rosen.
19 Stk. 3.50 RM.
mit Anwachsgarantieschein über 100 Edelsorten.

Jetzt beste Pflanzzeit!

25 Stück	RM. 8.—
50	15.50
10 Kletterrosen	5.50
10 Polyanthosen	4.75
10 Friedhofsrosen	4.75
5 Hochstämme	18.—
5 Halbstämme	9.50
2 Trauerrosen	7.50

Für Hecken:

100 Thuja	7.50
100 Liguster, immergrün	7.50
100 Weißdorn	3.—
100 Rotbuchen	6.—
100 Blaucypressen	9.—

Ferner besonders starke Pflanzen:

10 versch. Stauden	3.50
10 Ziersträucher	4.50
10 Edeldahliaen	4.25
50 Gladiolen	3.50
50 Montbretien	1.80
50 Begonien	4.50
50 Anemonen	3.25
50 Ranunkeln	2.—

Kollegen!
Abonnieren Eure Tageszeitung „Der Deutsche“

Berufs- u. Sportbekleidung

Werkzeuge, Teakholz-Wasserwagen, Teakholz-Schlapphüte, Kländer, Orig. Berliner Stakaturanzüge. Preisliste gratis.

Mechanische Kleiderfabrik

Versandhaus Fritz Ulrich
Altona-Elbe 13 Gestirns. 56-60

Obst.

Starke Büsche:

5 Apfel oder Birnen	9.50
5 Sauerkirschen	13.—
5 Pflirsche	13.50

Gesunde Halbstämme:

5 Apfel oder Birnen	9.50
5 Pflaumen oder Kirschen	11.50

Früchtige Hochstämme:

5 Apfel oder Birnen	12.—
5 Pflaumen oder Kirschen	16.50

Alles nur Qualitätsware! Garantie: Bei Nichtgefallen Zurücknahme. Illust. Preisliste frei. Alles pflanzfertig beschneitten, mit Sortenetikett. Nachnahmeversand mit 6 Prozent Rabatt!

Vertreter und Mitarbeiter mit großem Bekanntheitskreis gesucht!

Josef Fasan,
Vorsandbauschule, Halstenbek (Holtzstb.).